

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

18. – 24. Mai 2024

FOKUS EUROPAWAHLEN

Die acht wichtigsten Spitzenkandidaten debattierten am 21. Juni auf dem Fernsehsender LCI fast drei Stunden lang gemeinsam über internationale Fragen (Krieg in der Ukraine und Gaza-Konflikt), Wirtschaft, Soziales, Ökologie und Einwanderung. In internationalen Fragen stritten sich Valérie Hayer (Renaissance) und Jordan Bardella (RN) insbesondere über die langjährige Unterstützung der rechtsextremen Partei für das Regime von Wladimir Putin und den Krieg in der Ukraine. In Bezug auf die europäische Verteidigung wünschte sich Marion Maréchal (Reconquête!) ihrerseits zunächst, „dass man die Sicherheit Frankreichs garantiert“. In Bezug auf den Krieg in Gaza plädierte Manon Aubry (La France insoumise LFI) in der Debatte dafür, dass die EU „Sanktionen gegen die rechtsextreme Regierung von Benjamin Netanjahu beschließt“, während François-Xavier Bellamy (Les Républicains) betonte, dass die Partei LFI sich „für immer disqualifiziert“ habe, weil sie „sich geweigert haben zu sagen, dass der 7. Oktober [ein] islamistischer Terroranschlag [war]“. Für Kritik sorgte eine Fernsehdebatte zwischen Premierminister Gabriel Attal und dem Rechtspopulisten Jordan Bardella, die am 23. Mai auf dem Fernsehsender France 2 stattfand. Die anderen Parteien beklagten, dass Renaissance und Rassemblement National die Wahlkampfdebatte bewusst dominieren wollen.

Die Partei Rassemblement National will im Europäischen Parlament nicht mehr mit der AfD in einer Fraktion sitzen. Hintergrund sind laut einem Medienbericht unter anderem Äußerungen von AfD-Spitzenkandidat Maximilian Krah über die SS. Der Parteichef und Spitzenkandidat für die Europawahl, Jordan Bardella, habe so entschieden, sagte Wahlkampfleiter Alexandre Loubet. Bisher gehören AfD wie Rassemblement National der Fraktion Identität und Demokratie (ID) im Europaparlament an.

Die KAS Frankreich informiert aktuell über die Europawahlen in Frankreich auf einer Sonderseite ihrer Homepage: [Hier klicken](#)

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist zur Schlichtung der Krise nach Neukaledonien aufgebrochen. Macron besucht die pazifische Inselgruppe, um vor Ort mit lokalen Führungspersonen zu sprechen. Auslöser der vor rund einer Woche ausgebrochenen Unruhen ist eine geplante Verfassungsreform der Regierung in Paris. Diese soll Tausenden französischstämmigen Bürgern das Wahlrecht und somit mehr politischen Einfluss einräumen. Dagegen wehren sich Befürworter einer Unabhängigkeit der Inselgruppe. Die Regierung Neukaledoniens gab am 22. Mai bekannt, dass es zu einer „Cyber-Attacke von beispielloser Stärke“ gekommen sei, die inzwischen „gestoppt“ worden sei. Die Attacke ereignete sich sehr kurz nach der Ankündigung der Reise des Staatspräsidenten nach Neukaledonien. Bei Gesprächen mit Befürwortern und Gegnern einer Unabhängigkeit Neukaledoniens brachte Staatspräsident Emmanuel Macron nun eine weitere Volksabstimmung über die Zukunft des französischen Überseegebiets ins Spiel.

Nach einem eintägigen Streik am 21. Mai sind die Gewerkschaften mit der Leitung der Bahngesellschaft SNCF zusammengetroffen, um die Höhe der Prämien für die Olympischen Spiele endgültig festzulegen. Es wurde eine Sonderprämie von 1900€ ausgehandelt. Am 21. Mai streikten auch die Beschäftigten der Pariser Flughäfen, um ebenfalls Prämien für die Periode der Olympischen Spiele einzufordern.

Die Präfektur der Karibikinsel Martinique gab am 17. Mai bekannt, dass sie zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine „Dürrekrise“ ausgerufen hat. In einer Erklärung der Präfektur heißt es, dass sich die Situation „der Rekordsituation von 1973 nähert, dem trockensten Referenzjahr, das je verzeichnet wurde“. „Im April lag das Niederschlagsdefizit bis zu 70% unter dem Durchschnitt der letzten 30 Jahre“ und „die Trends lassen keine kurzfristige Verbesserung erwarten“, heißt es in der Erklärung weiter.

Drei Monate nach einer Bürgerabstimmung zu diesem Thema stimmte der Pariser Stadtrat am dafür, die Parkgebühren für SUVs zu erhöhen. Der Parkpreis wurde zum Beispiel für die Stadtmitte auf 18€ pro Stunde festgelegt. Wer 6 Stunden am Stück sein Auto im Zentrum abstellt, muss 225€ bezahlen.

Staatspräsident Macron kündigt neuen Investitionsfonds für KI an. Der Präsident versprach zusätzliche 400 Millionen Euro, um die Ausbildung von Fachkräften für künstliche Intelligenz in neun Exzellenzzentren zu finanzieren. Das Ziel sei es, von 40.000 ausgebildeten Personen pro Jahr auf 100.000 zu kommen, erklärte er.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Mehrere führende Vertreter der französischen Linken begrüßten die Ankündigung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Haftbefehle gegen die israelische Regierung und Hamas-Führer zu beantragen. „Frankreich muss das Versprechen des Verteidigungsministers Sébastien Lecornu umsetzen und die Franzosen verfolgen, die sich am Völkermord beteiligen“, tweetete der Parteivorsitzende von La France insoumise in Bezug auf französisch-israelische Doppelstaatsbürger, die in der israelischen Armee dienen.

3	7
5 0 8	4
7 4 2	6 5
7 3 9	1 2
8 2 0	1 6
9	2

DIE ZAHL DER WOCHE

Frankreich ist laut Index des Weltwirtschaftsforums viergrößte Tourismuswirtschaft der Welt. Den ersten Platz belegen die USA, dicht gefolgt von Spanien und Japan. An fünfter Stelle steht Australien, gefolgt von Deutschland und dem Vereinigten Königreich. In den Top Ten finden sich außerdem China, Italien und schließlich die Schweiz.